

# Russische Zeitung



15 Pfennig  
(150 Milliardeb.)

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit  
Kurszettel

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntage mit der illustrierten Berliner 'Zeitsbilder'. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Fundament, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Landung.

Vorlag: Lillig'sche Chefredaktion: Georg Bernhard, Verantw. Redaktionsrat (mit A. Handlowski), Carl Meißner, Berlin. Druck: Manuscripte werden nur zurückgegeben, wenn Porto beiliegt.

Wöchentlich 1.20 Goldmark durch unsere Boten, Berg durch die Post 5.— Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatz. Anzeigenpreise in Goldmark zum-Zelle 15 Pfennig. Familien-Anzeigen zum-Zelle 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Fernsprech-Zentrale Ulsteinstr. Am Dönhofs 9000—9005. Für den Fernverkehr nach Litua: Postamt 111. Telegramm-Adresse: Litua-News. Berlin. Postcheckkonto Berlin 650. Adresse:

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulsteinstr. Am Dönhofs 9000—9005. Für den Fernverkehr nach Litua: Postamt 111. Telegramm-Adresse: Litua-News. Berlin. Postcheckkonto Berlin 650. Adresse:

## Vor der Auflösung des Reichstags.

### Neuwahlen im April.

Die heutige Sitzung des Reichstages war gleich bei Beginn auffallend gut besucht. Nicht nur die Abgeordneten waren zahlreicher erschienen, als am fünfsten Tage der politischen Debatte — an dem die zweite Redeperiode zu Worte gelangte — erwarten durfte, auch die Regierungsdamen war fast vollständig besetzt. Während der Vorträge und Besprechungen waren fast alle Mitglieder des Reichskabinetts erschienen, wie sonst nur an Sitzungsstunden, so an wichtigen Erklärungen von der Regierungsdamen zu erwarten sind. Die sind gestern ausgetreten. Zwar haben Reichs-kabinettsmitglieder Dr. Brauer und Reichsfinanzminister Dr. Galle in die Debatte eingegriffen, um Angriffe des sozialdemokratischen Sprechers Dr. Reichel gegen die Verbodnung auf sozialen Gebiet und gegen den stoffen Abnahmepakt abzumehren, aber sie beschränkten sich auf kurze laudable Ausführungen; eine vollständig bemerkenswerte Erklärung von der Regierungsdamen erfolgte nicht. Vor allem nicht über die Frage, den Reichstag in dieser politischen Ausdrucksform am meisten interessiert: die Frage der Auflösung.

Und doch ist getrieben das Schicksal des Reichstages so gut wie entschieden worden. Ich bin besorgt genug zu sein, daß die Generaldebatte über die Verbodnung von der Reichs-regierung, vielleicht schon am Sonnabend, mit der Auflösung des Reichstages enden wird.

Zwei große Fraktionen des Reichstages sind vor dem Zentrum zusammengetreten: Sozialdemokratie und Zentrum. Die Sozialdemokratische Fraktion hat zwar nur einen Bericht ihres Vorstehers über seine jüngsten Befreiungen von dem Reichstagler entgegengenommen und einen formalen Beschluß bis zur nächsten Sitzung vertagt. Aber aus der Rede des Abgeordneten Dr. Reichel über die zweite Redeperiode der Debatte, ging unmissverständlich hervor, daß die Sozialdemokratie auf der Forderung beharrt, die Verbodnungsanträge zu den Verbodnerungen einer Kommission zu übermitteln. Sie hat bereits eine Resolution angenommen, die diesen Inhalt hat. In dem Beschlusse, darauf hinzuwirken, daß der Reichstag nach Vereinbarung der Generaldebatte durch die Regierung aufgelöst und die Neuwahlen auf den 6. April aberkannt werden.

Nach dieser namens der Fraktion abgegebenen Erklärung des Abgeordneten Dr. Reichel muß es klar, daß jede Aussicht auf eine Verhandlung über die parlamentarische Behandlung der Verbodnungsanträge gescheitert ist. Im Zentrum, das gleichgültig sagte, hatte man damit bereits einverstanden und die Fraktion hat in ihrer Beratung, an der sämtliche Reichskabinettsmitglieder teilnahmen, sich dem Beschlusse, darauf hinzuwirken, daß der Reichstag nach Vereinbarung der Generaldebatte durch die Regierung aufgelöst und die Neuwahlen auf den 6. April aberkannt werden.

Dieser Beschluß ist, wie vom Zentrum festgestellt wurde, aus der Erkenntnis geboren, daß keine andere Möglichkeit zur Lösung der verworrenen parlamentarischen Frage übrig bleibt. In aber nach der Generaldebatte wird die Regierung zum Ausdruck bringen, daß sie von den Wünschen und Anträgen der Reichskabinettsmitglieder keine, ihnen auch, wenn sie die Reichskabinettsmitglieder, Reichstag, tragen wollen. Im Augenblicke aber müßte allen anderen Reichskabinetts die Sorge um die Aufrechterhaltung der Währung vorzuziehen. Da die Weiterberatung des Reichstages das Stabilisierungswort gefährdet, so daß die Regierung zur Auflösung entschlossen.

In diesen Sägen ist auch schon die Form vorgezeichnet, in der die Beendigung der Sitzung sein soll. Von dem Gebanzen des Reichstagesausganges der Reichstagsperiode, dessen Zielsetzung in einer formalen Mitteilung des Reichskabinetts zu erfahren müßten, ist das Zentrum abgesehen. Die Platz-immer für den Wahlkampf wollen die Koalitionsparteien durch eine programmatische Erklärung des Reichstages festlegen gewonnen, in der die Auflösung bestritten werden soll. Von dem anderen Koalitionsparteien sind die Vertreter durchaus der Auffassung des Zentrums, sie sind auch mit dem 6. April als Wahltermin einverstanden. Dagegen befindet sich der Deutsche Volkspartei in der Meinung nach Reichstag im Mai. Es hat gestern nach der Plenarsitzung

### Neuregelung der Militärkontrollen.

#### Englisch-französische Einigung.

Wochenschrift der 'Vossischen Zeitung'.  
Paris, 6. März.  
Die französisch-englische Einigung über die Frage der Militärkontrollen in Deutschland ist erfolgt. Die Besprechungen in Deutschland hat heute vormittag in einer Sitzung, an der Marschall Foch teilnahm, den Vorschlag der Antwort auf die deutsche Mitteilung vom 6. Februar festgelegt. Marschall Foch hat in der Sitzung die Auffassung des internationalen Militärkontrollkomitees von dem am 25. Februar überreichten englischen Bericht dargestellt.

Nach einem Spanna-Kommentar sind die englischen Vorschläge, abgesehen von einigen Änderungen in den Einzelheiten, in großen Zügen angenommen worden. Die deutsche Regierung gerichtet wird, daß die demokratische Abänderung der Militärkontrollen in Deutschland nur. Sie werde für die Internationalen Militärkontrollkommission das Recht in Anspruch nehmen, mit Unterstützung der deutschen Behörden in einem Deutschland die Mannschaftebestände nachprüfen, ab im Jahre 1923, wo die Kontrolle nicht mehr ausübt worden ist, Deutschland keine neuen militärischen Beschreibungen antworten habe, und ab ausser die Abnahme als ebenfalls durchzuführen betrachtet werden könne.

Wenn die deutsche Regierung zu dieser Nachprüfung die Hand biete, und wenn ferner deren Ergebnisse negativ seien, würden die Alliierten bereit sein, an Stelle der Militärkontrollkommission ein Gesamtsystem zu errichten oder irgendein anderes gleichwertiges Organ

eine Befreiung zwischen dem Reichskanzler und dem Führer der Koalitionsparteien festzulegen, die dem Zwecke dienen, eine einheitliche Zielsetzung aller Koalitionsparteien innerhalb der Koalitionsparteien im Reichstag zu gewährleisten. Die politische und die strategische Führung ist dabei vollständig der Regierung überlassen worden. Das Reichskabinettsmitglied wird heute mit Zustimmung, um den Reichstag der weiteren parlamentarischen Behandlung der Verbodnungsanträge und der Reichstagsauflösung entgegen zu gehen zu lassen. Es wird vor allem auch zu erwarten sein, ob nicht eine Verhandlung darüber erreicht werden kann, daß der Reichstag, bevor er einberufen, auseinandergeht, nach dem Reichstag erledigt und seinen Antrag der Reichskabinettsmitglieder, die Reichstagsauflösung mit der Koalitionsparteien zu unterstützen, auch die Reichspräsidenten zu unterstützen. Im Reichstag ist gestern besprochen worden, daß der Reichskanzler nicht im Besitz der Ermächtigung zur Auflösung ist. Was ist nicht der Fall. Vor der heutigen Reichstagsauflösung wird Herr Dr. Brüning als Reichspräsident empfangen werden. Es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler erst bei dieser Gelegenheit vom Reichspräsidenten die Ermächtigung zur Auflösung erhalten wird. Da ihre Ermächtigung nicht von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht werden wird, ist nicht vorzuziehen, wenn auch nicht wahrscheinlich.

Inzwischen wurden in diesem Reichstage die letzten Reden gehalten. Auch für die zweite Garnitur sollten die Fraktionen ihre letzten Reden vor. Gestern hat für die Sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Reichel ein Gedächtnis, morgen sollen für die Deutsche Volkspartei der frühere Reichspräsidentenminister Dr. v. Kaumer und für die Deutschnationalen Dr. Helfferich sprechen. Es sind schon Wahlprogramme, die man für den Reichstag zu hören bekommt. Vor der politischen Debatte werden man durch ein kleines Vorbild unterhalten: die Duellkassare, die der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Dr. Cremer mit dem Reichspräsidenten Trimmrich ausgetauscht hat. Ueber die Wiederherstellung der deutsch-englischen Abgeordneten Klubs

mit beschränktem Personalbestand zu setzen, entwerfen den Reichstag, die die Besprechungen in Deutschland im September 1922 deutsch-französisch gemacht habe.

Wahrscheinlich werden Deutschland in die der Staat vom Jahre 1922 nachgehenden fünf Verbesserungen erfüllen müssen, die sich namentlich auf Änderung der Gesetzgebung, der die Ausfuhr von Waffen, die Entmilitarisierung der Polizei usw. bezogen.

Der Erste Gaderbändigenausfluß hat heute unter Vorsitz des Generalen Dames die Statuten der deutschen Soldatenbank erörtert.

### Frankreich wählt im Mai.

Wochenschrift der 'Vossischen Zeitung'.  
Paris, 6. März.  
In parlamentarischen Kreisen wird die Frage des Datums der französischen Wahlen diskutiert. Allgemein neigt man zu der Ansicht, daß die Wahlen am 11. Mai stattfinden sollen. Die republikanischen Kreise sind der Meinung, daß die Wahlen bis zum 18. Mai hinausgeschoben werden müßten, damit ausreichende Zeit für einen richtigen Wahlkampf vorhanden bliebe. Diese Kreise wünschen aus demselben Grunde möglichst frühe Beendigung der Kammer. Die Links scheint sich dagegen von einem längeren Wahlkampf nicht viel zu versprechen und wünscht möglichst frühe Beendigung der Kammer und einen früheren Beginn der Arbeit und damit der Wahlen, die nach dem Punkte der Arbeit am besten im April festzulegen können. Die Regierung ist der Meinung, auf die Wahlen bis zum 18. Mai hinausschieben zu lassen, was die Reichspräsidenten Polonais nicht nachsehen. Es verläuft nunmehr, daß der Ministerrat das Datum der Wahlen demnächst festsetzen wird.

Renning und Dr. Cremer haben heute bereits berichtet. Der Herr Reichspräsident hat gestern von dem Eingang in die Besprechungen zu sprechen in der Form einer kurzen Erklärung, die er von der Tribüne verteilte. Die wichtigsten Sätze waren klar und männlich. Was Dr. Cremer sagte, traf den Nagel auf den Kopf. Seine Erklärung hatte auch eine ausgesprochenen Wirkung auf das Haus und die drei Deutsch-französischen Kreise, die sich vor der Reichspräsidenten aufgestellt hatten, fanden da wie die besorgenen Vögel. Es soll ihnen aber ganz angeordnet werden, daß sie sich durch die Beendigung des Reichstages beilegt fühlen können. So wie sie sich in diesen Punkten nicht in dem Reichstagesauflösung zugetraut, zum mindesten nicht nach ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Beteiligung. Weiter hätten aber das Gefühl des Beilegtseins nicht bei den Deutsch-französischen, wie es ihnen andere an ihnen, nicht es zu sein, und Dr. Reichel hat gestern, wie er sich, in dem Reichstagesauflösung genossen der deutsch-französischen Abgeordneten, um einen fröhlichen Teilnehmer Polonaispräsidenten Wechner, der sich im Ritterprozess sogar gerühmt hat, seit fünf Jahren nichts anderes geschrieben zu haben als Polonais. Die Außerparlamentarier an den Abgeordneten Dr. Cremer können, ich für, nach der Stelle. Denn ernsthaft konnten sie doch wohl nicht erwarten, daß Dr. Cremer für eine solche gemeinte Beleidigung, die auch außerhalb des Reichstages wiederholten wird, für deren Beleidigung er auch den Beweis anzustellen müßte, als Gegenbeweis die gegnerischen Positionen aufzulegen werde.

Cremer verließ den starken Eindruck der Erklärung Cremer durch eine Entgegnung auszusprechen. Er wußte aber nicht anders vorzutragen, als daß Dr. Cremer auch die Offiziere untergebracht habe und also über 'Grenzbänder' andere denken müßte. Als ob ein politischer Kampf ein Grenzbänder wäre! Die große Verlegenheit der deutsch-französischen Vertretung sollte offenbart sich in diesem einen Satz. Cremer hätte schließlich an, daß sich, vielleicht eine andere Gelegenheit, zur Auseinandersetzung mit Dr. Cremer finden werde, wenn er sich nicht für diesen Fall die Jurist: 'Erzberger! Rathenau! Imogen!'